



An den Grossen Rat

16.5363.03

ED/P165363

Basel, 18. Oktober 2017

Regierungsratsbeschluss vom 17. Oktober 2017

Motion Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Kantonsbeitrag II an die überbetrieblichen Kurse 2017 für gewerbliche Berufe sowie Pflegeberufe; Bericht über die Umsetzung der Massnahmen

GR-Beschluss Nr. 17/07/44G vom 15. Februar 2017

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 15. Februar 2017 die nachstehende Motion Toya Krummenacher und Konsorten dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage überwiesen:

„Im Ratschlag vom 9.9.2015 beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat die Änderung des kantonalen Berufsbildungsgesetzes betreffend des Kantonsbeitrags II an die überbetrieblichen Kurse. Die am 13.04.2016 vom Grossen Rat verabschiedete neue Formulierung hierzu lässt es zu, dass der Kantonsbeitrag II nach wie vor 100% des Kantonsbeitrags I entsprechen kann (...\"80% bis 100%\"...). Der Regierungsrat sieht aber bereits in seinem Ratschlag, als Teil der Entlastungsmassnahmen, die Kürzung des Kantonsbeitrages II um 20% (bzw. 350'000 Schweizer Franken) vor. Die vorgesehenen Einsparungen stellen die Bedeutung der Berufsbildung in Frage. Insbesondere KMU im Gewerbe sowie die Spitäler werden durch die Sparmassnahme belastet, was wiederum Ausbildungsplätze gefährden könnte. Für einen starken, diversifizierten Wirtschaftsstandort Basel sind gut ausgebildete, qualifizierte Fachkräfte allerdings ein wichtiger Faktor.

Daher wird der Regierungsrat von den Motionär/-innen beauftragt dem Grossen Rat Massnahmen vorzulegen, wie für den Kantonsbeitrag II an die überbetrieblichen Kurse, in erster Linie für die gewerblichen Berufe sowie Pflegeberufe, auch im Jahr 2017 100% des Kantonsbeitrages I vorgesehen werden können bzw. wie lokale KMU im Gewerbe und sowie die Spitäler auch weiterhin entsprechend entlastet werden können.

Toya Krummenacher, Pascal Pfister, Beatriz Greuter, Salome Hofer, Otto Schmid, Thomas Gander, Kerstin Wenk, Tobit Schäfer, Edibe Gölge, Andrea Bollinger, Jürg Meyer, Mustafa Atici“

Inhalt

1. Begehren.....	3
2. Ausgangslage.....	3
3. Massnahmen zur Umsetzung	3
3.1 Entrichtung des Kantonsbeitrags II an die Betriebe und üK-Zentren (2017)	3
3.2 Berücksichtigung Budget 2018	3
4. Finanzielle Auswirkungen	4
5. Formelle Prüfungen und Regulierungsfolgenabschätzung.....	4
6. Antrag.....	4

1. Begehren

Mit diesem Schreiben erstatten wir Ihnen Bericht über die Umsetzung der Massnahmen betreffend Kantonsbeitrag II an die überbetrieblichen Kurse 2017 für gewerbliche Berufe sowie Pflegeberufe und beantragen, die Motion als erledigt abzuschreiben.

2. Ausgangslage

Wie im Schreiben Nr. 16.5363.02 des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 11. Januar 2017 bezüglich der Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Motion Toya Krummenacher und Konsorten ausgeführt wurde, kann die Motion entweder durch direkte Massnahmen oder durch die Unterbreitung eines Gesetzesentwurfs umgesetzt werden:

„Der Vollzug des Gesetzes und die konkrete Gewährung der Leistungshöhe fallen durch die genannten Regelungen in den Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates bzw. des zuständigen Erziehungsdepartements und kann gemäss geltendem Motionsrecht entweder über die geforderte Massnahme umgesetzt werden (§ 42 Abs. 1^{bis} GO), oder aber es wird ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der es dem Grossen Rat ermöglicht, Regelungen über die konkrete Höhe des Kantonsbeitrags II an die überbetrieblichen Kurse zu erlassen (§ 42 Abs. 1^{bis} Satz 2 GO).“

Das kantonale Gesetz über die Berufsbildung vom 12. September 2007 (SG 420.200) regelt in § 45 Abs. 1^{bis} die Finanzierung der überbetrieblichen Kurse (üK). Der Grosse Rat hat am 13. April 2016 eine Änderung dieses Paragraphen beschlossen. Ab dem 1. Januar 2017 kann der Kanton einen Zuschlag von wenigstens 80 Prozent bis höchstens 100 Prozent leisten. Damit wird dem Erziehungsdepartement in Abs. 3 die Kompetenz erteilt, die Höhe des Zuschlags (Kantonsbeitrag II) innerhalb dieser Grenzen festzulegen.

Nachdem der Grosse Rat am 15. Februar 2017 die Motion Toya Krummenacher und Konsorten definitiv dem Regierungsrat überwiesen hat, wurden die geforderten Massnahmen vom Erziehungsdepartement umgehend eingeleitet.

3. Massnahmen zur Umsetzung

3.1 Entrichtung des Kantonsbeitrags II an die Betriebe und üK-Zentren (2017)

Im Rahmen der regulären üK-Entschädigung für das Ausbildungsjahr 2016/2017 waren bereits 100 % des Kantonsbeitrags II für sechs Monate im Jahr 2016 und 80 % als Kantonsbeitrag II für sechs Monate im Jahr 2017 geleistet worden. Zwischen April und Juni 2017 wurde dann allen berechtigten Betrieben oder üK-Organisationen der zusätzliche Anteil des Kantonsbeitrags II für das erste Halbjahr 2017 überwiesen. Gesamthaft wurden zusätzliche Beiträge in Höhe von 200'658 Franken ausbezahlt. Ab Juli wird für die erste Hälfte des Ausbildungsjahrs 2017/2018 ebenfalls der volle Kantonsbeitrag II entrichtet.

3.2 Berücksichtigung Budget 2018

Die Überweisung der Motion ist als eindeutige Willensbekundung des Parlaments zu verstehen, dass eine Reduktion des Kantonsbeitrags II im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zum jetzigen Zeitpunkt nicht gewünscht wird. Folgerichtig wurden im Budget 2018 zusätzlich 400'000 Franken eingestellt, so dass auch für die Ausbildungsjahre 2017/2018 und 2018/2019 der volle Kantonsbeitrag II an die Betriebe und an die üK-Organisationen ausbezahlt werden kann.

4. **Finanzielle Auswirkungen**

Im Rechnungsjahr 2017 und im Budget 2018 ist mit einem Mehraufwand von jeweils 0,4 Mio. Franken zu rechnen. Für das Budget 2018 konnte dieser Betrag bei der Planung berücksichtigt werden, im laufenden Rechnungsjahr 2017 resultiert eine Kreditüberschreitung von 0,4 Mio Franken gemäss § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 (FHG).

5. **Formelle Prüfung**

Das Finanzdepartement hat das vorliegende Schreiben gemäss § 8 FHG überprüft.

6. **Antrag**

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat, die «Motion Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Kantonsbeitrag II an die überbetrieblichen Kurse 2017 für gewerbliche Berufe sowie Pflegeberufe» als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage

Prüfung nach § 8 Finanzhaushaltsgesetz



Finanzdepartement des Kantons Basel-Stadt

Schreiben zur „Motion Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Kantonsbeitrag II an die überbetrieblichen Kurse 2017 für gewerbliche Berufe sowie Pflegeberufe“ – Bericht über die Umsetzung der Massnahmen (ED / P165363)

Prüfung nach § 8 Finanzhaushaltsgesetz

Das Finanzdepartement hat das vorliegende Geschäft vom 6. September 2017 gemäss § 8 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) vom 14. März 2012 geprüft.

Stellungnahme	-
Vorbehalte	Ohne Vorbehalt
Datum	26. September 2017, JN

Dieses Formular ist nach Abschluss der Prüfung vom Fachdepartement bei der Traktandierung den Unterlagen an den Regierungsrat beizulegen.

Das Finanzdepartement weist darauf hin, dass die erfolgte Fachprüfung nach § 8 des Finanzhaushaltsgesetzes die politische Wertung der Vorsteherin / des Vorstehers des Finanzdepartements nicht präjudiziert.